

Zürcher Ständeratswahlen

Die Qual der Wahl



LUZI BERNET

Eines ist sicher: Der eidgenössische Stand Zürich wird in der kommenden Legislaturperiode von einer starken Delegation vertreten werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich am 18. Oktober zur Wahl in den Ständerat stellen, gehören praktisch ausnahmslos zu den Schwergewichten in Bern. Und auch der bisher nur auf der kantonalen Bühne politisierende Hans-Ueli Vogt (svp.) hat sich eine gute Präsenz erarbeitet.

Angesichts des prominent bestückten Kandidatenfeldes präsentiert sich die Lage für den Kanton Zürich also komfortabel. Und das ist gut so. Denn auf eidgenössischer Ebene hat Zürich nicht immer einen einfachen Stand. Kleinere und ärmere Kantone kommen eher an ihr Ziel; mit viel Goodwill darf der starke Zürcher Löwe nicht rechnen. Wenn er in Bern etwas erreichen will, braucht er geschickte Fürsprecher.

Überblickt man die Profile der Kandidaten, fällt auf, dass die FDP mit Ruedi Noser den einzigen Unternehmer stellt. Als Mitinhaber einer Apotheke verfügt Barbara Schmid-Federer (cvp.) über praktische Erfahrungen in der Führung eines KMU, während Hans-Ueli Vogt, Daniel Jositsch (sp.) und Bastien Girod (gp.) Staatsangestellte sind. Martin Bäumele (glp.) darf als Nationalrat und

Dübendorfer Stadtrat als Berufspolitiker bezeichnet werden – eine Umschreibung, die auch auf Maja Ingold (evp.) zutrifft.

Wem an einer ausgewogenen Geschlechtervertretung gelegen ist, der wird überdies bemerken, dass nur gerade zwei Frauen zur Auswahl stehen. Diese Tatsache dürfte in einem zweiten Wahlgang womöglich eine gewisse Rolle spielen. Und schliesslich bewegen sich alle Kandidaten, wenn auch in unterschiedlichem Mass und vielleicht mit Ausnahme von Bastien Girod, in der Nähe der politischen Mitte. Das gilt in besonders ausgeprägtem Mass für den Sozialdemokraten Daniel Jositsch, der sich deshalb gute Chancen auf eine Wahl ausrechnen darf.

Betrachtet man die beiden Vertreter der grossen bürgerlichen Parteien genauer, so wird man wenig gegen eine Wahl Ruedi Nosers vorbringen können. Der Selbmademan kennt Bundesbern aus dem Effeff; als Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) wurde ihm ein sehr einflussreiches Amt übertragen, und mit dem erfolgreichen Kampf für den Innovationspark hat er auch aus Zürcher Sicht sein Gesellenstück vollbracht – alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Noser ist in der freisinnigen Partei gut verankert. Deren Zürcher Sektion hat ihn 2010 gar als Bundesratskandidaten nominiert. Noser ist ein wacher liberaler Geist mit einer Vorliebe für Themen, die über den Tag hinausreichen.

Kritischer muss die Kandidatur Hans-Ueli Vogts beurteilt werden. Geschickt hat er zwar seine Partei, die SVP, vermieden, einen «Pol-

teri» vorzuschlagen. Vogt ist zuzutrauen, dass er sich in Bern rasch in die Dossiers einarbeiten und als Jurist seinen Sachverstand auch bei wirtschaftsrechtlichen Themen einbringen würde, die für Zürich von besonderer Bedeutung sind. Insofern wäre er eine gute Ergänzung Nosers. Das allerdings gilt auch für einige der anderen Kandidaten.

Negativ ins Gewicht fällt bei Vogt vor allem die Tatsache, dass er einer der Väter der Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» ist. Diese verlangt, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft sein soll, woraus folge, dass die Verfassung über dem Völkerrecht stehe und diesem vorgehe. Eine Annahme der sogenannten Selbstbestimmungsinitiative könnte eine Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Folge haben – was die SVP ausdrücklich in Kauf nimmt. Mit Verlaub: Eine solche Entwicklung wäre nicht im Interesse der Schweiz, wie an dieser Stelle schon mehrfach begründet wurde. Die SVP bestreitet es natürlich wortreich und höchst emotional: Aber es handelt sich bei dem Thema auch bei weitem nicht um die vorrangigste Sorge der Zürcherinnen und Zürcher. Und aus liberaler Sicht mutet es schon etwas merkwürdig an, wenn dem Einzelnen potenziell ein Mittel aus der Hand genommen werden soll, mit dem er sich notfalls gegen staatliche Willkür zur Wehr setzen kann.

Es ist Hans-Ueli Vogt unbenommen, sich für dieses Anliegen einzusetzen – bei einem Grossteil der liberalen Wählerschaft verwirkt er sich damit die Unterstützung.



IN MEDIAS RAS

Terroristen, Flüchtlinge und Migranten

Von RAINER STADLER

Derzeit macht die Parole vom konstruktiven Journalismus die Runde. Journalisten sollen demnach nicht nur über das Schlechte auf dieser Welt berichten, sondern gleichzeitig zeigen, wie Gutes bewirkt werden kann. Das klingt schön, nach staatstragender Gesinnung. Die laute Inszenierung des toten Knaben am Strand durch zahlreiche Medienorgane wäre insofern als Vorstufe einer hilfreichen Berichterstattung zu deuten. Die betreffenden Journalisten sagen zwar nicht, was zu tun wäre, aber sie wollen aufrütteln, in Bezug auf die Flüchtlinge eine Verhaltensänderung bewirken. Bei einigen Medienkonsumenten scheint die Botschaft anzukommen. Aber welche? Man werde mit Angeboten von Freiwilligen überannt, sagen hiesige Hilfswerke. Die Aussage über eine offenbar grosse Hilfsbereitschaft irritiert ein bisschen, da in der Schweiz keine Ausnahmestituation herrscht. Könnte es sein, dass laute Appelle ans moralische Gewissen mehr Verwirrung stiften, als dass sie Klarheit über die Faktenlage schaffen?

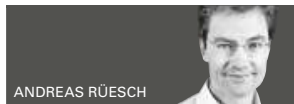
Derweil kämpfen die Medien damit, eine ihrer wichtigsten Aufgaben richtig zu erfüllen, nämlich möglichst genau über Aktualitäten zu berichten. Das Problem beginnt bereits bei der Wortwahl. Mitte August gab al-Jazeera bekannt, bei den Ereignissen rund ums Mittelmeer nicht mehr von Migranten zu reden. Diese wolle man vielmehr Flüchtlinge nennen. Der Begriff Migrant habe einen politischen, einen negativen Beigeschmack, schrieb der Chef der englischsprachigen Online-Ausgabe des katarischen Nachrichtenorgans in einer Erklärung vom 20. August. Wer Migrant sage, habe die Absicht, die nach Europa Ziehenden als Wirtschaftsflüchtlinge zu bezeichnen. Diese Insinuation will al-Jazeera vermeiden. Der Sender beruft sich auf einen Uno-Bericht, laut dem die grosse Mehrheit der Einwanderungswilligen vor dem Krieg fliehen. Das mag zutreffen, doch eine sture Sprachregelung, welche eine Differenzierung je nach Ereignis unterbindet, gerät ihrerseits unter Verdacht, politisch getrieben zu sein.

Die BBC wiederum erklärt, warum sie Zurückhaltung übt beim Einsatz des Wortes Terrorist. Weil sie interessiert ist, weltweit die Rolle einer neutralen Berichtserstatterin einzunehmen, versucht sie den Vorwurf zu vermeiden, mit westlicher Brille zu informieren. Je nach politischen Interessen gerät nämlich ein Terrorist zum Freiheitskämpfer oder zum Aufständischen. Die BBC beabsichtigt nicht, den «Terroristen» zu verbannen. Aber sie plädiert dafür, möglichst präzise zu schreiben und unausgesprochene Bewertungen zu unterlassen. Genauer als «Terroranschlag» wäre demnach etwa «Bombenanschlag». Das klingt vernünftig.

Abgewehrt hat die BBC jüngst eine Attacke britischer Politiker. Diese verlangten, ihr nationaler Rundfunk solle aufhören, den IS als Islamischen Staat zu bezeichnen, weil so eine barbarische Gruppierung beschönigt werde. Als Alternative schlugen sie die arabische Bezeichnung Daesh («jemand, der Zwietracht sät») vor. Was mit einer solchen schematischen Umbenennung gewonnen wäre, bleibt schleierhaft. Um Missverständnisse zu vermeiden, kombinieren zahlreiche Redaktionen «IS» mit dem Wort Terrorizm. Bei Radio SRF geschieht das teilweise fast penetrant. Die Wirkung ist kontraproduktiv. Der Hörer gerät in die Rolle des Bevormundeten, dem man etwas mitteilen will, das angesichts der Nachrichten über diese Gruppierung eigentlich offensichtlich ist. Weniger wäre manchmal mehr.

Die USA umwerben Saudiarabien

Mehr als nur eine Tankstelle



ANDREAS RÜESCH

So ungleiche Länder Saudiarabien und Israel auch sind – für die USA sind sie die beiden wichtigsten Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten. In den letzten Jahrzehnten fällt Washington nie eine Entscheidung von strategischer Bedeutung für diese Region, ohne den Rückhalt mindestens eines dieser beiden Alliierten zu geniessen. So war es eine tiefe Zäsur, als die Administration Obama Mitte Juli eine Vereinbarung mit Iran zur Beilegung des Atomstreits abschloss, obwohl die Saudi und Israeli vereint und mit grösser Vehemenz dagegen opponierten. Obama hat das Verhältnis zu Jerusalem und Riad bewusst strapaziert. Aber völlig korrekt kalkulierte er, dass es deswegen nicht zum Bruch kommen würde. Zur

Beschwichtigung versprach Washington den beiden Verbündeten Hilfe, um den wachsenden Einfluss Irans zwischen Mittelmeer und Golf einzudämmen.

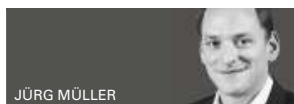
Am konkretesten wird sich dies in neuen Waffenals äussern. Aussenminister Kerry kündigte diese Woche einen weiteren Ausbau der Rüstungszusammenarbeit mit Israel an; das auf einen Rekordstand gestiegene Volumen von Rüstungslieferungen an Israel soll auf die nächsten zehn Jahre hinaus zementiert werden. Auch König Salman kann nun in Washington voraussichtlich seinen Trostpreis abholen. Die Saudi wünschen amerikanische Kriegsschiffe, Raketenabwehrsysteme und Helikopter. Im Mai hatte Salman eine Einladung in die USA noch ausgeschlagen; zu tief sass offenbar der Ärger über die amerikanische Iran-Politik. Aber nun, da realistischere keine Chance mehr besteht, die Iran-Vereinbarung im Kongress noch zu stoppen, schicken sich die Saudi in das Unvermeidliche und hoffen, das Beste aus der Situation her-

auszuholen. Die Tatsache, dass der König von seinem Sohn, Verteidigungsminister Mohammed bin Salman, begleitet wurde, unterstreicht den Charakter des Besuchs im Weissen Haus: Sicherheitspolitische Fragen stehen eindeutig im Vordergrund.

Dabei ist klar, dass der Umgang mit den Saudi komplizierter geworden ist. Einst war das Königreich primär aus energiepolitischer Sicht von strategischer Bedeutung. Doch heute spielt Saudiarabien weit mehr als nur die Rolle einer «Tankstelle Amerikas». In Jemen führt es einen Stellvertreterkrieg gegen Iran, und in Syrien bombardiert die saudische Luftwaffe gemeinsam mit den Amerikanern Stellungen der Terrorizm IS. Es gibt kaum einen Brandherd in der Region, bei dessen Löschung die USA ohne die Mithilfe Riads auskommen. Doch nicht nur in der Iran-Frage, sondern auch etwa in der Strategie gegen das Asad-Regime in Syrien gehen tiefe Risse durch dieses Bündnis. Mit Waffenlieferungen lassen sich diese nur begrenzt kitten.

«Ökonomen-Einfluss-Ranking» der NZZ

Raus aus dem Elfenbeinturm



JÜRIG MÜLLER

«Pragmatiker, die sich von intellektuellen Einflüssen unabhängig fühlen, sind üblicherweise Sklaven eines verstorbenen Ökonomen.» Der markige Satz stammt aus dem Hauptwerk von John Maynard Keynes. Seit bald siebzehn Jahren weilt jener Keynes nun nicht mehr unter uns; seine Ideen geistern aber getreu seiner Aussage noch in vielen Köpfen herum. Gleichzeitig bekunden gegenwärtig Wirtschaftsforscher einige Mühe, den antiquierten Theorien entschieden entgegenzutreten.

Wie bereits vor einem Jahr fällt bei der Rangliste der einflussreichsten Ökonomen auf, wie sehr Akademiker den Gang an die Öffentlichkeit scheuen. Auch wenn ihre Präsenz in den Schweizer Medien leicht gestiegen

ist, machen sie laut dem Schweizer Institut Media Tenor International noch immer nur zwei bis vier Prozent aller Quellen zu wirtschaftlichen Themen aus. Bei zukunftsweisenden Fragen wie beispielsweise dem demografischen Wandel und der Migration findet entweder kaum eine öffentliche Debatte statt, oder diese geht ohne materielle Mitwirkung der Wirtschaftsforscher über die Bühne.

Für den Standort Schweiz ist die Absenz der Ökonomen in den Medien problematisch. Sie könnte gar erklären, warum in jüngster Zeit aus wirtschaftlicher Sicht unsinnige Vorlagen auf Zustimmung in der Bevölkerung gestossen sind. Auch wenn die Probleme oft komplex und vielschichtig sind, ist dies kein Grund, das Feld den Demagogen zu überlassen – in einer direkten Demokratie wie der Schweiz sind die Folgen einer akademischen Vogel-Strauss-Politik erst recht verheerend.

Es ist klar, Grundlagenforschung ist zeitraubend, und einigen Wissenschaftlern widerstrebt der Gedanke, an die Öffentlichkeit zu

treten. Es bieten sich aber auch weniger schmeichelehafte Erklärungen an. Sich mit den eigenen komplexen Modellen auseinanderzusetzen und diese auf einfache Aussagen herunterzubrechen, ist anstrengend – und manchmal ermühernd. Es besteht der Verdacht, dass es zu gemühtlich ist im Elfenbeinturm; Akademiker scheinen lieber an Modellen zu feilen, als sich der öffentlichen Debatte zu stellen.

Ökonomen sollten die Studierstube immer wieder einmal verlassen. Nicht nur, weil ihre Forschung zum Grossteil von der Allgemeinheit finanziert wird. Hinzu kommt auch, dass nur allzu oft längst überholte Theorien die Richtung vorgeben, wenn selbsternannte Pragmatiker einfache Lösungen propagieren – Keynes warnte durchaus zu Recht. Wissenschaftler stehen deshalb in der Pflicht, an den gesellschaftlichen Diskussionen teilzunehmen. Es wäre schade, wenn die Gesellschaft von den Erkenntnissen nicht zeitnah profitieren könnte, sondern die Ideen erst nach dem Ableben ihrer Urheber Wirkung entfalten.

AUS DEN NZZ-BLOGS

Propagandawalzen und Scheinkandidaten

ADI KÄLIN: «Der Landesring hatte auf der anderen Seite wohl auch deshalb so grosse Mittel in den Wahlkampf gesteckt, weil ihm die Abwahl seines Gründervaters Gottlieb Duttweiler noch in den Knochen steckte: Duttweiler war 1949 bei der Nachwahl für den BGB-Mann Friedrich Traugott Wahlen in den Ständerat gewählt worden. Bei der ordentlichen Wahl im Jahr 1951 unterlag er dem SP-Vertreter Emil Klöti und dem Freisinnigen Ernst Vaterlaus.

Duttweiler war unter anderem zum Verhängnis geworden, dass er nicht nur für den Ständerat im Kanton Zürich, sondern auch für den Nationalrat im Kanton Bern kandidierte – ein Trick, den er früher schon einmal angewendet hatte.»

NZZ QUAL DER WAHL – Blog zu den Wahlen im Kanton Zürich qualderwahl.blog.nzz.ch